

Der Gefellshafter

Nationalsozialistische Tageszeitung



Alleiniges Amtsblatt für sämtliche Behörden in Stadt u. Kreis Nagold

Regelmäßige Beilagen: Pflug und Scholle · Der deutsche Arbeiter · Die deutsche Frau · Wehrwille und Wehrkraft · Bilder vom Tage · Hitlerjugend · Jungmann · Der Sport vom Sonntag

Druckort: Nagold / Gegründet 1827, Marktstraße 14 / Postkassentort: Amt Stuttgart Nr. 10086
Vertrieb: Kreispostamt Nagold Nr. 882 // In Konfliktfällen oder bei Zwangsverlegungen wird der für Aufträge etwa bewilligte Nachlass hinfällig

Anzeigenpreise: Die 1spaltige...
Schließfach Nr. 55

Der deutsche Friedensplan überreicht

London, 1. April.

Wittwoch vormittag um 10 Uhr englischer Zeit hat Vorkämpfer von Ribbentrop dem britischen Außenminister Sir Anthony Eden die deutsche Antwort überreicht. Die Unterredung zwischen dem deutschen Sonderbotschafter und dem britischen Außenminister dauerte etwa eine Stunde. Unmittelbar darauf trat das britische Kabinett zu seiner üblichen Wochensitzung zusammen, in der Eden über den Inhalt der deutschen Antwort und über seine Unterredung mit Vorkämpfer von Ribbentrop ausführlich Bericht erstattete.

Der Wortlaut der deutschen Note

Der Friedensplan der deutschen Regierung, den Vorkämpfer von Ribbentrop am Mittwoch der britischen Regierung übergeben hat, hat folgenden Wortlaut:

Mit aufrichtiger Zustimmung hat die deutsche Regierung von dem Vorkämpfer von Ribbentrop erfahren, daß es der Wunsch der britischen Regierung und des britischen Volkes ist, baldmöglichst mit den praktischen Arbeiten für eine wahre Friedeuropeas zu beginnen. Dieser Wunsch deckt sich mit den innersten Absichten und Hoffnungen des deutschen Volkes und seiner Führung. Es erfüllt daher die deutsche Regierung mit umso größerem Bedauern, daß sie nicht in der Lage ist, in dem ihr am 20. März übergebenen Entwurf der Vertreter der Vorkämpfermächte eine taugliche und fruchtbare Grundlage für die Einleitung und Durchführung einer solchen wahrhaften Friedensarbeit erkennen zu können. Es fehlt diesem Entwurf in den Augen des deutschen Volkes und in den Augen seiner Regierung jener Geist des Verständnisses für die Größe der Ehre und Gleichberechtigung, die im Leben der Völker zu allen Zeiten die erste Voraussetzung für die Abmachung freier und damit gegenseitiger Verträge bilden. Die deutsche Regierung glaubt deshalb in heiligem Ernst der in Frage stehenden Aufgabe schuldig zu sein, sich in der Feststellung der negativen Seite des ihr übergebenen Memorandums auf das allerhöchstmögliche zu beschränken.

Erweiterung der deutschen Vorschläge

Sie will aber dafür versuchen, durch eine Erweiterung und Klärung der am 7. März ausgesprochenen Vorschläge von ihrer Seite aus den Beginn einer konkreten Arbeit der europäischen Friedensabklärung zu erleichtern. Zum Verständnis ihrer Ablehnung der einzelnen diskriminierenden Punkte sowie zur Begründung ihrer konstruktiven Vorschläge muß die deutsche Regierung folgendes grundsätzlich erklären: Die deutsche Regierung hat fordern vom deutschen Volk u. a. ein heiliges Generalmandat erhalten zur Vertretung des Reiches und der deutschen Nation nach zwei Richtungen.

1. Das deutsche Volk ist entschlossen, unter allen Umständen seine Freiheit, seine Selbstständigkeit und damit seine Gleichberechtigung zu wahren. Es sieht in der Vertretung dieser natürlichen internationalen Grundzüge des staatlichen Lebens ein Gebot der nationalen Ehre und eine Voraussetzung für jede praktische Zusammenarbeit der Völker, von der es unter keinen Umständen mehr abgehen wird.

2. Das deutsche Volk wünscht aus aufrichtigstem Herzen, mit allen Kräfte mitzuwirken am großen Werk einer allgemeinen Versöhnung und Verständigung der europäischen Nationen zum Zweck der Sicherung des für diesen Kontinent, seine Kultur und seine Wohlfahrt so notwendigen Friedens. Dies sind die Wünsche des deutschen Volkes und damit die Verpflichtung der deutschen Regierung.

Der Rechtsbruch von Versailles

Die deutsche Regierung möchte weiter in Anlehnung an ihre in der vorläufigen Note vom 24. März 1936 schon mitgeteilte grundsätzliche Einstellung noch folgendes bemerken:

A. Deutschland hat im Jahre 1918 den Waffenstillstand abgeschlossen auf Grund der 14 Punkte Wilsons. Diese haben keinerlei Einschränkung der deutschen Souveränität im Rheinland vor. Im Gegenteil: Die hauptsächlichste Grundgedanke dieser Punkte war durch eine neue Völkerordnung einen besseren und dauerhaften Frieden aufzubauen. Er sollte im weitesten Umfange dem Selbstbestimmungsrecht gerecht werden und zwar ohne Rücksicht auf Sieger oder Besiegte!

B. Der Rgl. britische Außenminister hat in seiner Rede vom 26. März über die entmilitarisierte Zone mitgeteilt, daß diese letzten Endes nur als Abfolge für eine eigentliche von Frankreich im Jahre 1918 angestrebte Restitutions des Rheinlandes von Deutschland errichtet wurde. Aus dieser Feststellung ergibt sich, daß die demilitarisierte Zone selbst nur als Folge der vorausgegangenen Verletzung einer auch die Alliierten bindenden Verpflichtung entstanden ist.

C. Die Demilitarisierungsbestimmungen des Versailler Vertrages dahieren demnach selbst auf der Verletzung einer Deutschland gegebenen Zusicherung und besagen als einziges rechtliches Argument nur die Gewalt. Sie sind vom Versailler Vertrag in den Locarnopakt übernommen worden, nach einer neuerlichen Rechtsverletzung, nämlich der Verletzung des Ruhrgebietes, die selbst von englischen Kronjuristen als Rechtsbruch bezeichnet worden ist.

D. Der sog. „freiwillige Verzicht“ auf die Souveränität Deutschlands in diesen westlichen Provinzen des Reiches ist mithin eine Folge des Versailler Diktats und einer Kette von sich hier anschließenden schwersten Verdränkungen des deutschen Volkes, wobei insbesondere hingewiesen werden muß auf die furchtbare Not und Zwangslage des Reiches infolge der Rheinlandbesetzung.

Wenn daher von Seiten der britischen Regierung heute erklärt wird, daß man wohl von einem Diktat von Versailles gesprochen habe, aber doch niemals von einem Diktat von

Locarno, so muß die deutsche Regierung mit der Gegenfrage antworten: „Ob es oder kann es überhaupt in der Welt ein großes Volk geben, das freiwillig und ohne äußeren Zwang einseitig auf seine Hoheitsrechte, und zwar in diesem Fall auf das primitivste Recht der Verteidigung seiner eigenen Grenzen verzichtet hat, oder verzichten würde?“

Trotzdem aber hatte das deutsche Volk diesen Zustand 17 Jahre lang ertragen, und noch am 21. Mai 1935 erklärte der deutsche Reichslanzler, daß die deutsche Reichsregierung in der entmilitarisierten Zone einen für einen souveränen Staat unerhörten schweren Beitrag zur Veruhigung Europas sieht und daß die Reichsregierung „alle aus dem Locarnovertrag sich ergebenden Verpflichtungen solange halten wird, als auch die anderen Vertragspartner bereit sind, zu diesem Pakt zu stehen“.

Vorsorge gegen Ueberraschungen Pflicht jeder Regierung

Die deutsche Reichsregierung hat bereits in ihrer vorläufigen Note vom 24. März 1936 darauf hingewiesen, daß der von Frankreich mit Sowjetrußland abgeschlossene militärische Vertrag dem Locarnopakt sowohl die rechtliche, als aber besonders die politische Grundlage und damit die Voraussetzung seiner Existenz entziehen hat. Es erübrigt sich hierauf noch einmal näher einzugehen. Denn es ist kein Zweifel, daß die Tendenz, Europa mit Militärabmachungen zu durchziehen, überhaupt dem Geist und Sinn der Aufrichtung einer wirklichen Völkergemeinschaft widerspricht. Es weckt die große Gefahr, daß aus dieser allgemeinen Verfristung in militärische Allianzen ein Zustand entsteht, der jenem gleicht, dem die Welt den Ausbruch ihres furchtbaren und sinnlosesten Krieges mit in erster Linie zu verdanken hatte. Es liegt nicht im Vermögen einer einzelnen Regierung, eine solche von bestimmten Großmächten eingeleitete Entwicklung zu verhindern, allein es gehört zum pflichtgemäßen Auftrag jeder Regierung innerhalb der Grenzen des eigenen Hoheitsgebietes Vorsorge vor innen Ueberraschungen zu treffen.

Im Schatten der deutschen Freiheitspolitik

Oesterreich führt eine „Allgemeine Bundesdienstpflicht“ ein

Wien, 1. April.
Am Mittwochmittag hat der österreichische Bundestag durch Kurus einstimmig ein Gesetz beschlossen, durch das die „Allgemeine Bundesdienstpflicht“ für körperliche Zwecke eingeführt wird. Das Gesetz ermächtigt den Bundeskanzler, im Verordnungsweg die männliche Bevölkerung vom 18. bis 42. Lebensjahr nach Maßgabe der Verhältnisse und Umstände zum Dienst mit oder ohne Waffen einzuberufen.

Damit hat sich Oesterreich einer der Fesseln des Friedensdiktats von St. Germain entledigt. Möglich wurde dieser Beschluß des Bundestages allerdings nur im Schatten der großen Freiheitspolitik des Führers und Kanzlers des Deutschen Reiches und nach der Zustimmung Mussolinis die bei den förmlichen römischen Verhandlungen erteilt wurde. Wenn der Bundeskanzler Dr. Schuschnigg vor dem Bundestag erklärte, daß Oesterreich die Bundesdienstpflicht einführe, weil es „als freier, selbständiger Staat sich keine Beschränkungen irgendwelcher Art auferlegen“ lasse, so trifft das nicht den tatsächlichen Kern der Angelegenheit, weil mit der Wiedereinführung der Dienstpflicht Oesterreich noch lange nicht jene Unabhängigkeit errungen hat, die einem freien und selbständigen Staat gebührt.

Innerpolitisch gesehen, bedeutet dieses Gesetz übrigens einen Schlag gegen die Heimwehren Starobergs, die in der letzten Zeit — nicht zuletzt im Zusammenhang mit dem „Rhönitz“-Versicherungs-Skandal — stark zurückgedrängt wurde, so daß das Linzer

Reichsheimwehren „Die neue Zeit“ kürzlich klager: Auf Grund der Versöhnungsversuche der Christlichsozialen mit der ehemaligen Sozialdemokratie seien alle Arbeitsplätze mit Staatsfeinden besetzt. Der abgerüstete Schutzkorpsmann könne haften gehen, alle Lizenzen abtrennen und finde doch keine Arbeit. „Daß unter diesen Umständen viele Kameraden, die zur Zeit der Revolution freiwillig zur Fahne eilten und denen versprochen wurde, daß man sich um sie in Zukunft bemühen werde, den Glauben verlieren, daß keinen erscheinenden Oesterreicher wundert... Jetzt scheint das Maß voll zu sein. Es wäre Aug, die Schleusen zu öffnen, die das Wehr von der Wucht der gestauten Massen durchbrochen wird.“

Zum Chef des Generalstabes der bewaffneten Macht — ein Titel, der aus der Habsburgermonarchie übernommen wurde — ist der frühere Militärattaché in Berlin, Feldmarschalleutnant Hansa, ernannt worden.

Prag kündigt Einspruch an

Nach einer Sonderausgabe des tschechoslowakischen Ministerpräsidenten Dr. Godba nahestehenden Brauer Blattes „Veser“ ist in unmittelbarer Folge des Beschlusses des österreichischen Bundestages in Prag ein außerordentlicher Ministerrat einberufen worden, der in den Mittagsstunden begann. In Prager politischen Kreisen glaubt man, daß die tschechoslowakische Regierung im Einvernehmen mit den verbündeten und befreundeten Mächten gegen die einseitige Aukerkräftigung von Bestimmungen des Vertrages von St. Germain Einspruch erheben wird.

die sich aus einer solchen undurchsichtigen europäischen Militär- und Kabinettpolitik ergeben können.

Die deutsche Regierung hat daher nach der vorliegenden Entwicklung die eine Aufhebung der juristischen und politischen Grundlagen und Voraussetzungen des Locarnopaktes bedeutet, sich auch ihrerseits als an diesen Pakt nicht mehr gebunden erklärt und die Souveränität des Reiches über das gesamte Reichsgebiet wiederhergestellt.

Haager Schiedspruch unannehmbar

Die deutsche Regierung ist nicht in der Lage, ihren zur Sicherheit des Reiches unternehmen, nur deutsches Reichsgebiet betreffenden und niemand bedrohenden Schritt der Würdigung eines Oremiums zu unterstellen, das selbst im günstigsten Fall nur die rechtliche Seite, aber unter gar keinen Umständen die politische zu beurteilen in der Lage ist. Dies gilt umso mehr, als der Völkerbundrat bereits eine Entscheidung getroffen hat, die die rechtliche Beurteilung der Frage präjudiziert.

Die deutsche Regierung ist weiter der Ueberzeugung, daß ein solches Urteil nicht nur keinen positiven Beitrag liefern könnte für eine wirkliche konstruktive Lösung der Frage der europäischen Sicherheit, sondern ausschließlich geeignet ist, eine solche Lösung zu erschweren, wenn nicht gar zu verhindern. Im übrigen: entweder man glaubt an die Möglichkeit einer allgemeinen europäischen Friedenssicherung, dann kann ein solcher beabsichtigter Eingriff in die Hoheitsrechte eines Staates nur erschwerend wirken, oder man glaubt an eine solche mögliche Friedenssicherung nicht, dann käme einem solchen Entscheid höchstens nachträglich eine feststellende juristische Bedeutung zu.

Ablehnung jeder Diskriminierung

Die deutsche Regierung kann daher in diesem Punkte sowie in jedem weiteren dieser Entwürfe der Vertreter der Vorkämpfermächte, die sich nur als einseitig belastend für Deutschland erweisen, nicht nur keinen nützlichen Kontakt für eine wirkliche großzügige und konstruktive Lösung der Frage der europäischen Sicherheit erblicken, sondern höchstens Elemente der Diskriminierung eines großen Volkes und damit einer Festlegung jeder dauerhaften Friedensgestaltung. Entsprechend dem ihr vom deutschen Volke erteilten Auftrag muß daher die deutsche Regierung alle Deutschland einseitig belastenden und damit diskriminierenden Vorschläge dieses Entwurfes ablehnen.

Deutschland hat, wie schon aus seinem Angebot hervorgeht, nicht die Absicht, jemals Belgien oder Frankreich anzugreifen. Es ist bekannt, daß bei der gigantischen Rüstung Frankreichs, und den enormen Festlegungen an der französischen Ostgrenze ein solcher Angriff aber auch rein militärisch sinnlos wäre. Aus diesen Gründen ist der deutschen Regierung auch der Wunsch der französischen Regierung nach sofortigen Generalstabverhandlungen unverstänlich. Die deutsche Regierung würde darin nur ein ernstes Präjudiz sehen, wenn vor dem Abschluß der neuen Sicherheitspakte solche Generalstababmachungen zustande kämen. Sie ist der Auffassung, daß solche Abmachungen in jedem Falle erst die Folge der politischen Verhandlungsverpflichtungen der fünf Vorkämpfermächte seien.

Die Aufgaben der Diplomatie

Die deutsche Regierung ist weiter der Auffassung, daß der Komplex der vorliegenden Probleme zur leichteren Lösung nach den Gesichtspunkten der beabsichtigten Ziele zweckmäßig gegliedert werden müßte. Sie muß dann aber folgende grundsätzliche Fragen stellen: welches soll das Ziel der Bemühungen der europäischen Diplomatie sein?

A) Soll dieses Ziel sein, die sich als für jede dauernde Friedenssicherung als ungeeignet erwiesene Zweiteilung der europäischen Völker in mehr oder weniger berechnete, in ehren- oder unehrenhafte, in freie oder unfreie unter irgendwelchen neuen Formen oder Modifizierungen beizubehalten, oder fortzuführen? Soll es weiter die Absicht der europäischen diplomatischen Bestrebungen sein, aus einem solchen



Willen heraus auf dem Wege einfacher majoritärer Beschlüsse Feststellungen über Bergangenes zu treffen, Urteile anzurichten, um damit die scheinbar juristisch noch fehlenden Begründungen für die Fortführung dieses früheren Zustandes zu finden? Oder soll

B) Das Bemühen der europäischen Regierungen darauf hingewirkt sein, unter allen Umständen zu einer wirklich konstruktiven Ordnung des Verhältnisses der europäischen Nationen untereinander und damit zu einer dauerhaften Friedensgestaltung und -sicherung zu kommen? Die deutsche Regierung ist es ihrem Volke schuldig, hier eindeutig zu erklären, daß sie nur an diesem zweiten, in ihren Augen allein aufbauenden Versuch teilnehmen wird, und dies dann allerdings aus tiefster Ueberzeugung und mit dem vollen Gewicht des aufrichtigen und feindschaftlichen Willens der hinter ihr stehenden Nation.

Die deutschen Friedensvorschlage

Die deutsche Regierung glaubt, daß dann die vor den europäischen Staatsmännern liegende Gesamtaufgabe in drei Abschnitte gegliedert werden müsste:

a) in die Zeit einer allmählich sich beruhigenden Atmosphäre zur Klärung der Prozedur für die einzuleitenden Verhandlungen;

b) in den Abschnitt der eigentlichen Verhandlungen zur Sicherstellung des europäischen Friedens;

c) in eine spätere Periode der Behandlung jener wunschenwerten Ergänzungen des europäischen Friedensvertrages, die weder im Inhalt noch im Umfang von vornherein genau festgelegt oder begrenzt werden können oder sollten. (Abrüstungs- und Wirtschaftsfragen usw.)

Zu diesem Zwecke schlagt die deutsche Regierung nun folgenden Friedensplan vor:

1. Um den kommenden Abmachungen für die Sicherung des europäischen Friedens den Charakter heiliger Verträge zu verleihen, nehmen an ihnen die in Frage kommenden Nationen nur als vollkommen gleichberechtigte und gleichgereehtete Länder teil. Der einzige Zwang für die Unterzeichnung dieser Verträge kann nur in der Sichtbarkeit von allen erkannten Zweckmaigkeit dieser Abmachungen für den europäischen Frieden und damit für das soziale Glück und das wirtschaftliche Wohlergehen der Völker liegen.

2. Um die Zeit der Unsicherheit im Interesse des wirtschaftlichen Lebens der europäischen Völker möglichst abzukürzen, schlagt die deutsche Regierung vor, den ersten Abschnitt bis zur Unterzeichnung der Nichtangriffspakte und damit der garantierten europäischen Friedenssicherung auf vier Monate zu begrenzen.

3. Die deutsche Regierung versichert unter der Voraussetzung eines sinngemaen gleichen Verhaltens der belgischen und französischen Regierung für diesen Zeitraum keinerlei Verstärkung der im Rheinland befindlichen Truppen vorzunehmen.

4. Die deutsche Regierung versichert, daß sie die im Rheinland befindlichen Truppen während dieses Zeitraumes nicht näher an die belgische und französische Grenze heranziehen wird.

5. Die deutsche Regierung schlagt zur Garantierung dieser beiderseitigen Versicherungen die Bildung einer Kommission vor, die sich aus Vertretern der beiden Garantiemachte England und Italien und einer desinteressierten neutralen Truppenmacht zusammensetzt.

6. Deutschland, Belgien und Frankreich sind berechtigt, je einen Vertreter in diese Kommission zu entsenden. Deutschland, Belgien und Frankreich besitzen das Recht, dann, wenn sie glauben, aus bestimmten Vorgängen auf eine Veränderung der militärischen Verhältnisse innerhalb dieses Zeitraumes von 4 Monaten hinweisen zu können, ihre Wahrnehmungen der Garantiekommision mitzuteilen.

7. Deutschland, Belgien und Frankreich erklären sich bereit, in einem solchen Falle zu gestatten, daß diese Kommission durch die englischen und italienischen Militarattaches notwendige Feststellungen treffen löst und hierüber den beteiligten Mächten berichtet.

8. Deutschland, Belgien und Frankreich versichern, daß sie die sich daraus ergebenden Verhandlungen in vollem Umfang beruckichtigen werden.

9. Im übrigen ist die deutsche Regierung bereit, auf der Basis voller Gegenseitigkeit mit seinen beiden westlichen Nachbarn jeder militärischen Verstärkung an der deutschen Westgrenze zustimmen.

10. Deutschland, Belgien und Frankreich und die beiden Garantiemachte kommen überein, daß sie sofort oder spätestens nach Abschluß der französischen Wahlen, unter Führung der britischen Regierung in Beratungen eintreten über den Abschluß eines 25-jährigen Nichtangriffspaktes, bzw. Sicherheitspaktes zwischen Frankreich und Belgien einerseits und Deutschland andererseits.

11. Deutschland ist einverstanden, daß in diesem Sicherheitsabkommen England und

Italien wieder als Garantiemachte unterzeichnen.

12. Sollten sich aus diesen Sicherheitsabmachungen belandere militärische Bestandverpflichtungen ergeben, so erklärt sich Deutschland bereit auch seinerseits solche Verpflichtungen auf sich zu nehmen.

13. Die deutsche Regierung wiederholt hiermit den Vorschlag für den Abschluß eines Nichtangriffspaktes als Ergänzung und Verstärkung dieser Sicherheitsabmachungen.

14. Die deutsche Regierung wiederholt, daß sie bereit ist, falls die Niederlande es wünschen, auch diesen Staat in dieses westeuropäische Sicherheitsabkommen einzubeziehen.

15. Um dem Zweck dieser aus freiem Willen erfolgten Friedenssicherung zwischen Deutschland einerseits und Frankreich andererseits den Charakter eines verbindlichen Abschusses einer jahrhundertelangen Entzweiung zu geben, verpflichten sich Deutschland und Frankreich, darauf hinzuwirken, daß in der Erziehung der Jugend der beiden Nationen sowohl als in öffentlichen Publikationen alles vermieden wird, was als Herabsetzung, Verachtlichmachung oder unpassende Einmischung in die inneren Angelegenheiten der anderen Seite geeignet sein könnte, die Einstellung der beiden Völker gegeneinander zu vergiften. Sie kommen überein, eine gemeinsame Kommission am Stipe des Völkerbundes in Genf zu bilden, die beantragt sein soll, einlaufende Beschwerden den beiden Regierungen zur Kenntnisnahme und Ueberprüfung vorzulegen.

16. Deutschland und Frankreich verpflichten sich, im Verfolg der Absicht, dieser Abmachung den Charakter eines heiligen Vertrages zu geben, die Ratifizierung durch eine Abstimmung von den beiden Völkern selbst vorzunehmen zu lassen.

17. Deutschland erklärt sich bereit, seinerseits in Verbindung zu treten mit den Staaten an seiner Südost- und Nordostgrenze, um diese zum Abschluß der angebotenen Nichtangriffspakte unmittelbar einzuladen.

18. Deutschland erklärt sich bereit, sofort oder nach Abschluß dieser Verträge wieder in den Völkerbund einzutreten. Die deutsche Regierung wiederholt dabei ihre Erwartung, daß im Laufe einer angemessenen Zeit auf dem Wege freundschaftlicher Verhandlungen die Frage der kolonialen Gleichberechtigung sowie die Frage der Trennung des Volkerbundsstatutes von seiner Versailler Grundlage gelöst wird.

19. Deutschland schlagt vor, ein internationales Schiedsgericht zu bilden, das für die Einhaltung dieses Vertragswerkes zuständig sein soll und dessen Entscheidungen für alle bindend sind.

Abrustungsvorschlage

Nach dem Abschluß eines solchen groen Wertes der europäischen Friedenssicherung hält es die deutsche Regierung für dringend notwendig, Versuche zu unternehmen, einem sterblichen Weltfrieden durch praktische Maßnahmen Einhalt zu gebieten. Sie würde darin nicht nur eine Erleichterung der finanziellen und wirtschaftlichen Lage der Völker sehen, sondern vor allem eine psychologische Entspannung. Die deutsche Reichsregierung verpflichtet sich aber nichts von dem Verzicht unilateraler Regelungen, der von vornherein zum Scheitern verurteilt sein würde, und daher nur von denen vorgeschlagen werden kann, die am Zustandekommen eines praktischen Ergebnisses nicht interessiert sind. Sie glaubt, daß demgegenüber die Verhandlungen und Ergebnisse im Gebiet der Beschränkung maritimer Rüstungen dezentrend und anregend wirken können. Die deutsche Reichsregierung schlagt daher vor, die spätere Einberufung von Konferenzen mit jeweils nur einer, aber klar umrissenen Aufgabe.

Sie sieht es als die zunächst wichtigste Aufgabe an, den Luftkrieg in die moralische und menschliche Atmosphäre der Feindschaft zu versetzen oder den Verwundeten zugebilligten Schonung zu bringen. So wie die Tötung wehrloser Verwundeter oder Gefangener oder die Verwendung von Dum-Dum-Geschossen oder die Führung des warnungslosen U-Bootskrieges durch internationale Konventionen geregelt bzw. verboten worden sind, muß es einer zivilisierten Menschheit gelingen, auch auf den Gebieten neuer Waffenanwendung die Möglichkeit einer sinnlosen Entartung zu unterbinden, ohne dem Zweck der Kriegführung zu widersprechen.

Die deutsche Regierung schlagt daher für diese Konferenzen zunächst als praktische Aufgaben vor:

1. Verbot des Abwurfs von Gas-, Gift- und Brandbomben.

2. Verbot des Abwurfs von Bomben jeglicher Art auf offene Ortschaften, die sich auerhalb der Reichweite der mittleren schweren Artillerie der kämpfenden Fronten befinden.

3. Verbot der Beschichtung von Ortschaften mit weittragenden Kanonen auerhalb einer Gefechtszone von 20 Kilometer.

4. Abschaffung und Verbot des Baues von Tanks schwerer Art.

5. Abschaffung und Verbot schwerer Artillerie.

Sowie sich aus solchen Beschlungen und

Abmachungen die Möglichkeiten der weiteren Begrenzungen der Rüstungen ergeben, sind diese wahrzunehmen. Die deutsche Regierung erklärt sich schon jetzt bereit, jeder solchen Regelung, soweit sie international galtig wird, beizutreten.

Die deutsche Reichsregierung glaubt, daß wenn auch nur ein erster Schritt auf dem Wege zur Abrüstung gemacht ist, dies von auerordentlicher Tragweite für die Einstellung der Völker zueinander sein wird, und damit auch für die Wiederkehr jenes Vertrauens, das die Voraussetzung für die Entwicklung von Handel und Wohlstand bildet.

Um dem allgemeinen Wunsch nach einer Wiederherstellung günstiger, wirtschaftlicher Verhältnisse zu entsprechen, ist sie daher bereit, im Sinne der gemachten Vorschläge sofort nach Abschluß des politischen Vertragswerkes mit den in Frage kommenden Ländern in einen Gedankenanstausch über wirtschaftliche Fragen einzutreten und alles in ihrer Macht stehende zur Verbesserung der Wirtschaftslage in Europa sowie der von dieser nicht zu trennenden Weltwirtschaft im allgemeinen beizutragen.

Die deutsche Reichsregierung glaubt, mit dem oben niedergelegten Friedensplan ihren Beitrag geleistet zu haben zum Aufbau eines neuen Europa auf der Basis der gegenseitigen Achtung und des Vertrauens zwischen souveränen Staaten. Mandige Gelegenheiten zu dieser Betriedung Europas, zu der Deutschland in den letzten Jahren so oft die Hand bot, sind versäumt worden. Möge dieser Versuch einer europäischen Verteidigung endlich gelingen. Die deutsche Reichsregierung glaubt übersichtlich, durch die Verlegung des obigen Friedensplanes den Weg hierzu nunmehr freigemacht zu haben.

Dank des Führers an die deutsche Presse

Berlin, 1. April.

In der Pressekonferenz der Reichsregierung am Mittwoch sprach Staatssekretär Funk im Auftrag des Führers und Reichskanzlers und im Auftrag des Reichspropagandaministers der deutschen Presse den Dank der Reichsregierung und der Partei für die geleistete Arbeit beim Wahlkampf aus. Dieser Dank gilt in gleicher Weise den Schriftstellern wie den Verlegern, die alle in hervorragender und erfolgreicher Weise bei der Reichstagswahl, zum Teil unter den schwierigsten Umständen, aber mit tatkaftiger Klugheit und nationalsozialistischer Begeisterung sich für den Wahlkampf eingesetzt haben.

44 423 116 Stimmen für den Führer

Berlin, 1. April.

Der Reichswahlleiter, Ministerialdirektor Dr. Reichardt, hat nunmehr das auf Grund der Meldungen der Kreiswahlleiter festgestellte vorläufige Gesamtergebnis der Reichstagswahl vom 29. März mit den bis zum 1. April, 12 Uhr mittags, eingegangenen Ergänzungen und Berichtigungen bekanntgegeben. Danach betrug die Zahl der Stimmberechtigten 45 440 645, die Gesamtzahl der abgegebenen Stimmen 44 966 449; die Wahlbeteiligung betrug also 99 v. H. Für die Liste und damit für den Führer wurden 44 423 116 Stimmen und damit 98,8 v. H. der abgegebenen Stimmen gezählt. Gegen die Liste und angastig waren 543 333 Stimmen.

Reichskabinett beschließt den Reichshaushalt für 1936

Berlin, 1. April.

Das Reichskabinett beschlagte sich in seiner heutigen Sitzung mit dem Reichshaushalt für 1936. Vorbedeutend einiger noch nicht definitiv feststehender Positionen wurden die Vorschläge des Reichsfinanzministers, wie sie sich auf Grund der Verhandlungen mit den einzelnen Ressorts ergeben haben, angenommen, gleichzeitig wurde der Nachtragshaushalt für 1935 genehmigt.

Im Anschluß an diese Beratung gab der Führer und Reichskanzler eine kurze Darlegung der auenpolitischen Lage und gedachte ferner mit Worten tiefgefuhrten Dankes des überwältigenden Bekenntnisses des deutschen Volkes zur politischen Führung in Staat und Partei. Der Führer und Reichskanzler würdigte hierbei die einigartige organisatorische Leistung des Parteiapparates und die unerbrechliche Arbeit der Reichswahlkampfleitung. Die nächste Kabinettsitzung findet nach den Osterfeiertagen statt.

Sie schieen nicht auf Deutsche!

London, 1. April.

Der Sheriff von Norwich, Cozens-Gardyn, (der oberste Beamte der Grafschaft Norfolk) der Schwertkriegsberichter ist, erklärte am Dienstag in einer Rede, er würde lieber von seinem Posten als Sheriff und seinen anderen Kennern zurücktreten, als auch nur ein Kindergewehr gegen einen Deutschen abzufeuern. Nach seiner Ansicht glauben alle, daß Deutschland nicht fair behandelt worden sei. Es sei an der Zeit, die englischen Freunde jenseits des Kanals (die Franzosen) wissen zu lassen, daß es einige

England gebe, die nicht nach der franzosischen Pfeife tanzen wollen.

Der frühere Sheriff von Norwich, Hauptmann Rice, der anschieend sprach, betonte, er billige die Ausführungen seines Vorgesetzten voll und ganz. Wie dieser habe auch er gegen die Deutschen gekämpft, und sie und die übrigen Kriegsteilnehmer wünschten, nie wieder auf Deutsche zu schieen.

„Pressefreiheit“ - Pressegemeinheit

Washington, 1. April

Der amerikanische Außenminister Hull teilte am Dienstag mit, daß die iranische Regierung alle Vertretungen in den Vereinigten Staaten und den Stad der Gesandtschaft in Washington und der Konsulate in Washington und Chicago heimberufen habe. Der Außenminister betonte dabei, daß damit keineswegs die Beziehungen zwischen beiden Ländern abgebrochen würden. Die amerikanische Gesandtschaft in Teheran werde weiter bestehen.

Die überraschende Manahme der iranischen Regierung ist darauf zurückzuführen, daß in der amerikanischen Presse häufig iranische Staatsmänner Berunglimpfungen erfahren muten. Auf die diesbezuglichen Proteste der Regierung in Teheran hatte man im Staatsdepartement nur immer wieder mit dem Ausdruck des Bedauerns erklärt, daß man bei der durch die Verletzung gewährleisteten Pressefreiheit hiergegen nicht einschreiten könne.

Sinter der Auenmongolei steht Moskau

Tokio, 1. April.

Nach einer Mitteilung der „Loh“ hat der stellvertretende Auenminister der Sowjetunion, Stomonjakow, am Dienstag dem japanischen Botschafter mitgeteilt, daß die Sowjetregierung die Bildung von Grenzschutzschiffen sowohl an der sowjetisch-mandschurischen, als auch an der mongolisch-mandschurischen Grenze für überhaupt nicht erachte. Der Botschafter erwiderte, daß die japanische Regierung nicht gegen eine Erweiterung der Zuständigkeit der Grenzschutzschiffe sei, doch falle es ihr schwer, hinsichtlich der Grenzschutzschiffe für die mongolisch-mandschurische Grenze Verhandlungen mit der Sowjetregierung zu führen, da sie nicht wisse, welche Beziehungen zwischen der Sowjetunion und der Auenmongolei bestehen. Darauf erklärte Stomonjakow, daß die Sowjetunion verpflichtet sei, der mongolischen Volksrepublik im Falle eines Notfalls, falls von dritter Seite Hilfe zu leisten. Diese Verpflichtung besteht seit 1921. Diese mandlige Verpflichtung über gegenseitige Hilfe ist am 13. März 1936 in Mandator schriftlich festgelegt worden.

Die japanische Presse nimmt sehr scharf gegen diese sowjetisch-mongolische Frontstellung und berichtet von einem neuen, von 12 Flugzeugen unterstützen Angriff mongolischer Truppen südwestlich des Huir-See auf japanische und mandchurische Truppen, die Teile und verwundet zu beklagen hatten. In Rega ist scharfster Protest erhoben worden.

Geldstrahnteinbrecher ermorden Hausangestellte

Osnabrück, 1. April.

In der Kaplanei in Ballenhorst bei Osnabrück wurde am Dienstagabend gegen 10 Uhr die Hausangestellte Margarete Straberger ermordet. Der Mord offenbar von Einbrechern verubt worden. So aus dem Geldschrank der in dem Hause befindlichen Spar- und Darlebenskasse mehrere tausend Reichsmark in Papiergeld entwendet. Die Einbrecher haben den Schrank mit dem dazugehörigen Schlüssel geoffnet, so daß vermutet werden kann, daß sie mit den Verlockungen vertraut gewesen sind.

Württemberg Die Landeshauptstadt melbet

Am Dienstagabend stieen an der Hauptstatler und Weihenburgerstrae zwei Personenkraftwagen zusammen, von denen der eine mit zwei, der andere mit vier Personen besetzt war. Der Zusammensto erfolgte mit solcher Wucht, daß sämtliche sechs Personen mehr oder weniger stark verletzt wurden. Die beiden Wagen wurden so schwer beschädigt, daß sie abgeschleppt werden muten.

In der Behrenstrae wurde ein zehn Jahre altes Mädchen beim Leberqueren der Fahrbahn von einem Radfahrer angefahren und umgeworfen. Das Kind erlitt einen Schädelbruch und einen starken Blutergu an der linken Kopfseite.

12 000 RM zusammengestohlen

Eine diebische Hausangestellte festgenommen Am, 1. April. Die Kriminalpolizei in Karlsruhe hat einen guten Fang gemacht. Seit Januar 1933 ist in verschiedenen Städten, so in Ulm, Ravensburg, Pforzheim, Freiburg und München eine diebische Hausangestellte aufgetreten. Sie gab

Aus Stadt und Land

Nagold, den 2. April 1936

Führerworte:

Vor allem muß in der bisherigen Erziehung ein Ausgleich zwischen geistigem Unterricht und körperlicher Erziehung eintreten. Mein Kampf.

Kennung der Idw. Schuldverhältnisse

B) Erstellung der Ermächtigung zum Abschluß eines Zwangsvergleichs: Pfeiffer, Gabriel, Bierlingen; Bohner, Karoline, Obermusbach; Müller, Wilhelm und Luise, Dabel.

C) Rechtsträglich Aufhebungen und Einkettungen von Entschuldungen und Zwangsvergleichsverfahren:

Fischer, Jakob und Lina, Scheleute, Boll; Zülle, Gottfried und Friederike, geb. Stoll, Reutenhof, Gde. Grüntal; i. Hoser, David und Emma geb. Weiser, Grüntal; 2. Hoser, David, alt, Grüntal; Reich, Andreas und Dorothea, geb. Böttiger, Oberbrändl Gde. Wittendorf; Rehle, Ernst und Marie, geb. Hensler, Dorntetten; Arnold, Albert und Emma geb. Schüllhammer, Trichlingen; Eberhardt, Friedrich und Katharine, Tumlingen; Haik, Friedrich und Maria, Glaiten; Hertler, Franz und Pauline, Bienenkotten; Schwent, Katharine, Wäde; Singer, Karl und Dorothea, Grüntal.

Unser Aprilherze

haben Ihre Schuldigkeit getan. Wir konstatieren dies nicht aus Schadenfreude, sondern lediglich des Erfolges wegen!

1. Nichtungsanzeige

Wir haben ja im Ernst nicht daran gedacht, daß alle Nagolder Fuhrwerksbesitzer nun über den Stadtadel eine „Corsofahrt“ veranstalten werden, zumal die konzernierte Viererfirma V. Lafner von rückwärts zu sehen war und demnach „Keinfall“ heißt. — Zur Ehre der Bestreitenden kann gesagt werden: „Du merkst auch alles“, aber immerhin einige Gewissenhaftigkeit, die gewohnt hat, Anordnungen der Zeitung zu befolgen, hat es doch gegeben, sogar ein auswärtiger war dabei.

Wie? Kein Namen wollen wir nicht nennen, es wird sich ohnedies herumsprechen.

2. Halbbootwerbung

Auch hier konnten wir erleben, daß Zeitungsanzeigen, wie sich das gebührt, ernst genommen werden, sogar am 1. April! Manah einer verächtliche auf das Biereländchen nach dem Mittagessen und strebte, sein Kind an der Hand, der Schiffbrücke zu... und noch hots em dümmert! Ihnen zum Trost und zur inneren Beruhigung, die Zeitung eines Nachbarkreises hat diese Nagolder Halbbootwerbung auch gedruckt und sie nachgedruckt, uns zu unseren spirituellen Fortschritten beglückwünschend!

Nichts für ungut ihr „Genasführten“ und auf Wiederhören nächstes Jahr.

25jäh. Dienstjubiläum des städt. Forstmeisters Birk

Am 1. April 1911 trat der städt. Forstmeister Birk in den Dienst der Stadt Nagold. Seit 25 Jahren bewirtschaftet er nun das wertvollste Gut der Stadt, den Stadtwald. Er übernahm den Wald nicht in bestem Zustand: Große Kulturkulturstände, zum Teil noch von Schneerud von 1884 herrührend, waren vorhanden und das Regen lag im argen. Dabei erfordert die laufende Bewirtschaftung des Stadtwaldes mit seinen schwierigen geologischen und klimatischen Verhältnissen, die viel Kottäule, Zimelken- und Wildschaden, sowie Schneerud und Sturmwind zur Folge haben, schon die ganze Kraft des Forstmannes. Kommen aber noch außerordentliche Aufgaben wie die genannten hinzu, so bedarf es neben Tüchtigkeit und Fleiß auch der besonderen Geschicklichkeit und der ganzen Hingabe an seine Aufgabe und das gefestete Ziel, zumal das Gelingen in der Forstwirtschaft nicht bloß von der menschlichen Arbeit, sondern weitgehend von der Natur abhängig ist. Heute dürfen wir mit großer Befriedigung sagen, daß das große Ziel des Wiederaufbaues unseres herrlichen Stadtwaldes gelungen ist. Mehr als 20 Kilometer neue gaulferte Waldwege wurden seit 1918 gebaut. Millionen von Pflanzen und ungezählten Waldjungen wurden dem Schoße der Mutter Erde anvertraut, die bereits in einem gesunden Wachstum begriffen sind. Leere ertraglose Flächen sehen wir heute nicht mehr und der Stand des Stadtwaldes, der sich seit dem Krieg durch Anfälle und Aufforstungen um mehr als 30 Hektar vermehrt hat, kann als gut bezeichnet werden.

Im feierlich geschmückten Amtszimmer des Forstmeisters versammelten sich gestern die beiden Beigeordneten, die städt. Beamten und das Personal des städt. Forstamts, wo Bürgermeister Raier den Jubilar aus herzlichste namens der Stadt und der Gemeinde über beglückwünschte und ihm für seine 25jährige gewissenhafte und überaus erfolgreiche Arbeit den Dank der Stadt zum Ausdruck brachte. Nur dadurch, daß Forstmeister Birk den Stadtwald als seine Lebensaufgabe betrachtet, konnte das erreicht werden, was erreicht worden ist. Ein Wechsel oder gar ein wiederholter Wechsel des Wirtschaftsführers in dieser Periode wäre von unabsehbarem Nachteil gewesen. Gerade unser Wald muß auf lange Sicht bewirtschaftet werden und braucht einheitliche Pläne und methodische Grundzüge. So darf es auch nicht wundern, daß in der Vergangenheit auch manche Kämpfe und Auseinandersetzungen gegen überlebte Anschauungen oder Sonderinteressen nötig waren, denen der Forstmeister, seiner ganzen Natur nach, nicht aus dem Wege gegangen ist.

In Anerkennung seiner Verdienste um den Stadtwald haben denn auch Bürgermeister und Ratsherren das 25jährige Dienstjubiläum zum Anlaß genommen, die im Dienstvertrag vorgesehene Einweisung des Forstmeisters in die letzte

Gehaltsgruppe der staatlichen Forstmeister vorbehaltlich der Regierungsgenehmigung auszusprechen.

Woge Forstmeister Birk noch lange den Stadtwald Nagold und die angeschlossen Wälder der Gutsbesitzerfamilien Gältlingen, Bernsdorf und Reiter-Unterjohannsdorf, sowie der Gemeinden Königen und Unterjettingen betreuen und seine Lebensaufgabe zu einem guten Ende bringen!

Prüfung für den Erwerb des Reiterscheins

Am 24. März 1936 fand für den Kreis Nagold in Nagold die Prüfung für den Erwerb des Reiterscheins statt. Der Beauftragte des Reichsinpektors für Reit- und Fahrerausbildung, SA-Obersturmführer Jenuß konnte erfreulicherweise einem großen Teil der Prüflinge den Reiterschein ausstellen.

Die Prüflinge der Reiterscheine werden bei freiwilligem Eintritt in das Reichsheer im Rahmen der allgemeinen gesetzlichen und militärischen Bestimmungen in den selbstgewählten Truppenteilen einstellt. Bei der bevorstehenden Musterung erfolgt bevorzugte Einstellung als Reiter oder Fahrer.

Die Ausbildung in der SA-Reiterei umfaßt die Unterweisung in allen Kenntnissen, die für den Erwerb des Reiterscheins erforderlich sind, und da die Aufnahmeprüfung für die SA-Reiterei bekanntlich seit einiger Zeit aufgehoben ist, hat jeder unbescholtene junge Deutsche vom 18. Lebensjahr ab die Möglichkeit, sich in den Reihen der Reiter-SA, die über die künftigen Reiter und Fahrer des Reichsheeres notwendigen vorläufigen Kenntnisse anzueignen. Für die Hitlerjugend hat die Gebietsführung grundsätzlich die Genehmigung erteilt, daß sie sich neben ihrem HJ-Dienst am Dienst am Pferd bei der Reiter-SA beteiligen.

Lenz ist's geworden!

Weitaus die schönsten all der schönen Abzeichen, die bisher durch die NS-Bolkswohlfahrt zum Verkauf kamen, sind die Schmetterlinge, die am nächsten Samstag und Sonntag in acht verschiedenen Ausführungen zu haben sind. Sie sind so schön, daß sich jeder ehrliche Mensch fragt: „Ist es denn möglich, daß so ein schönes Ankleiderstück nur 20 Pfennig kosten kann?“

Das ist möglich und wird gemacht! Und wer einen dieser wunderschönen Porzellan-Schmetterlinge kauft, oder zwei oder drei, oder wenn er kann, die ganzen acht Stück, der wird sie mit Stolz und auch mit wahrer Freude tragen und aufbewahren. Er hat auch damit an seinen deutschen Freunden und Schwestern, denen es noch nicht so gut oder passabel geht, seine deutsche Pflicht getan.

Für jeden einzelnen Volksgenossen sind es nur zwei Groschen für ein Ankleiden — und Millionen von Volksgenossen, denen geholfen werden muß, kann wieder geholfen werden!

Die schönsten Schmetterlingsarten sind es, die da zum Verkauf stehen: Kohlweißlinge, Bläulinge, Zitronenfalter, Datatenfalter, Schwaldenschwänze, Trauermantel, Admirale und Tagplanen, acht verschiedene Arten und Farben: „einer schöner wie der andere“, sagt der Schwab.

Es lohnt sich in der Tat, sich die ganze Schmetterlingsfamilie anzulegen, wenn man das kann. Auf jeden Fall aber trägt jeder und jede Deutsche am Samstag und Sonntag mit chellichem Stolz und mit Freude seinen schönen Schmetterling und bewahrt ihn dann sorgfältig auf. Den Kindern und Enkelkinder wird man noch sagen können: „Ich habe auch damals nach meinem Können meine Pflicht als Deutscher getan. Ich habe den Opferwillen, den unser großer Führer des deutschen Volkes und Europas Reiter, von uns erwartete, durste, aufgebracht — und hier ist ein kleiner Beleg dafür.“

Darum trägt jeder am Samstag und Sonntag den schönen Lenzen! Denn es ist doch ein herrlicher Frühling geworden in Deutschland!

Neue Werke von Gerh. Schumann

Soeben sind im Verlag Langen-Müller zwei neue Werke von Gerhard Schumann erschienen: Das Gedichtbuch „Wir aber sind das Korn“ und die Kantate „Feier der Arbeit“. Die Kantate „Feier der Arbeit“ wurde von der Reichspropagandaleitung für den 1. Mai ausgeschrieben.

Allgemeine Versammlungsruhe bis 19. April

Der Reichspropagandaleiter der NSDAP, Reichsminister Dr. Goebbels, gibt bekannt: Die gewalttätige Wahlschlacht des nationalsozialistischen Deutschland ist geschlagen. In Einheit und Geschlossenheit hat sich das deutsche Volk hinter seinen Führer gestellt und ihm einen überwältigenden Beweis seines Vertrauens gegeben. Wodurch rollte Versammlungswelle über Versammlungswelle durch die deutschen Gauen; von Rednern, Politischen Leitern, Parteigenossen und Parteigenossinnen wurde das letzte an Einjahrbereitschaft verlangt und gegeben. Abend für Abend füllte das deutsche Volk die Versammlungsräume, sei es die Riesenhalle der Großstädte, oder die kleinen Zimmer des Dorfkuges. Wenn auch nach der siegreichen Schlacht, die das deutsche Volk in seiner Gefamtheit geschlagen hat, nicht Ruhe einkehren darf, vielmehr die Arbeit fortgesetzt werden muß, so soll doch vor diesem neuen Einsatz durch die allgemeine Versammlungspause eine Erholungs- und Ruhezeit zum Sammeln neuer Kräfte stehen. Aus diesem Grunde ordne ich hiermit eine allgemeine Versammlungsruhe bis 19. April

Schwarzes Brett

Parteiloslich. Nachdruck verboten.

Partei-Organisation

Gaupropropagandaleitung 6/36/0

Wahlplakate und Transparente müssen sofort entfernt werden. Die Hohensträger werden gebeten, mit dieser Aufgabe die Hitlerjugend zu betrauen. Es ist darauf zu achten, daß die Entfernung der Plakate ohne jegliche Sachbeschädigung ausgeführt wird.

Unter die angeordnete Versammlungsruhe fallen insbesondere alle öffentlichen Kundgebungen und Versammlungen; Mitbestimmungen sind auf das notwendige Mindestmaß zu beschränken. Von der Versammlungsruhe nicht berührt werden Veranstaltungen der Abteilung 10 und des Amtes „Kraft durch Freude“.

Vom Schächerlauf

Wildberg. Wie man hört, sind die ersten Vorbereitungen für den am 26. Juli 1936 stattfindenden allhiesigen Schächerlauf bereits getroffen worden. Der Lauf soll neu hergerichtet und die Tribüne vergrößert werden, auch das interessante und beliebte Preisbüten der Schächer findet wieder statt.

Schulrat Reich verläßt seinen Schulbezirk

Freudenstadt. Gestern hat Schulrat Reich, Freudenstadt, seinem Amtsvorwieser die Geschäfte des Bezirksschulamtes übergeben, da sein Nachfolger noch nicht ernannt ist. Während einer dreijährigen Amtstätigkeit hat er die vielen Schulfragen dieses Zeitraumes wie Durchführung eines neuen Lehrplanes, Einführung des achten Schuljahres, Umgestaltung der ländlichen Fortbildungsschulen, Schaffung von Schulgemeinden, Ausrichtung der Schule im Sinne des Dritten Reiches u. a. in vorbildlicher Weise angeht und in glücklicher Zusammenarbeit mit Gemeinden und Behörden gelöst. Die neue Zeit brachte ihm durch Einbeziehung des Nagolder Kreises eine Fülle von Mehrarbeit, wobei ihm auch die Aufsicht über die katholischen Schulen beider Kreise zufiel. Die Lehrer sehen ihn deshalb ungern scheiden, weil er überall dort, wo man durch treue, sorgfältige Arbeit sein Vertrauen erworben hatte, die Unterrichtstätigkeit des Einzelnen nicht durch bürokratische Auslegung von Vorschriften einengte. Durch den plötzlichen Wechsel war es leider dem NSDAP mit dem er immer bestens zusammenarbeitete, nicht mehr möglich gewesen, Schulrat Reich im Kreise der Berufskameraden zu verabschieden; doch wird sich dazu noch Gelegenheit finden, da seine Familie noch einige Zeit hier weilen wird.

Letzte Nachrichten

Asmara meldet Einnahme von Gondar

Asmara. (Zuspruch des Kriegsgerichtschatters des DRK.) Wie hier von italienischer Seite mitgeteilt wird, ist am Mittwoch Gondar von den italienischen Truppen genommen worden.

Japaner beschlagnahmen zwei Sowjetdampfer

Moskau, 1. April.

Nach einer Tag-Meldung aus Tokio ist es zwischen Sowjetrußland und Japan zu einem neuen ersten Zwischenfall gekommen. Nach Moskauer Darstellung sind zwei sowjetrußische Dampfer, die mit 345 Fahrgästen von Petropawlowsk aus Kamtschatka nach Wladiwostok unterwegs waren, von den Japanern bei Kagawa beschlagnahmt worden. Einer der beiden Dampfer war in schweren Sturm geraten. Er hatte einen so erheblichen Brennstoffverlust, daß auf seine Hilfskräfte ein zweiter Dampfer mit Kohlen entlastet wurde. Auf offener See sei jedoch das Kohlen unumgänglich gewesen, deshalb habe man sich um die Genehmigung Japans zum Anlaufen eines japanischen Hafens bemüht. Diese sei angeblich auch vom japanischen Generalkonsul in Wladiwostok erteilt worden, jedoch seien dann die beiden Schiffe von den japanischen Behörden im Hafen Kinmari unter der Anschuldigung beschlagnahmt worden, ihre Beladungen hätten Spionage getrieben. Die Kapitäne der beiden Schiffe seien verhaftet und nach Komori gebracht worden. Der sowjetrußische Vorkonsul in Tokio hat gegen die Beschlagnahme der Schiffe



geht schon einkaufen. Das Buchhändler für den Sonntag, das heißt die Nationalität fordert er Dr. Gellert's „Bald“. Wie ein Kaffeebe zu Herrn Gellert: „Wer der beste ist, der muß auf dem Dicken stehen.“

Achtung - auszeichnen! Preisausgabe!

Zunächst einmal ist unbedingte Voraussetzung, daß ein Symmetriepunkt der Luftkurve überhaupt eintritt; und dann muß man ihn rechtzeitig als solchen erkennen. Solche Symmetriepunkte sind nun keineswegs häufig. In den meisten Jahren beobachtet man nur zwei im ganzen Jahr, einen zur Zeit der Sommersonnenwende, den anderen im Winter. Daraus geht hervor, daß man die neue Methode hauptsächlich im Spätsommer und für die zweite Hälfte des Winters anwenden kann, also für die Zeit unmittelbar nach dem Eintreten eines Symmetriepunktes. Denn je weiter man sich von diesem entfernt, um so geringer wird die Übereinstimmung zwischen dem vorausgehenden und dem folgenden Zeitabschnitt. Da spielen andere Umstände mit herein, die bewirken, daß das Wetter in zwei aufeinanderfolgenden Jahren nicht dasselbe ist.

Die Physik der Atmosphäre

Wie erkennt man nun einen Symmetriepunkt rechtzeitig, also einige Zeit, bevor er eintritt? Hier helfen uns gewisse rhythmische Erscheinungen im Luftmeer, die von ungleicher Dauer sind, aber an diesem besonderen Punkt zusammenfallen. Es sind das die sogenannten *Witterungswechseln*, Perioden von etwa 8, 22, 36 Tagen und mehr. Besonders wichtig für den Ablauf der Witterung ist die etwa zweiundzwanzigtägige Periode. Sie beruht auf dem Wechselspiel zwischen polarer und äquatorialer Luft, also einer der grundlegenden Tatsachen der Physik der Atmosphäre. Am Äquator wird nämlich die Luft von der Sonne ständig erwärmt, an den Polen kühlt sie sich ab. Für gewöhnlich liegen kalte Polarluft und heiße Äquatorialluft mit scharfer Grenze nebeneinander. Aber diese Grenzfläche hat nur eine beschränkte Haltbarkeit. Sobald der Temperaturunterschied auf beiden Seiten zu groß wird, „platzt“ sozusagen die Grenzfläche, und es kommt zu einem der regelmäßig wiederkehrenden „Einbrüche“ von Polarluft. Diese Zeit — etwa 22 Tage — von einem „polaren Einbruch“ zum nächsten ist eine der „Witterungswechseln“, wie man die Erscheinung wegen ihrer regelmäßigen Wiederkehr genannt hat. Andere derartige Wellen entstehen durch den Unterschied in der Erwärmung von Land und Meer: eine achtstägige Periode z. B. entspringt der Wechselwirkung in der Erwärmung von Atlantischem Ozean und nordamerikanischem Kontinent.

Diese Wellen gilt es zu erkennen und festzulegen. Infolge ihrer ungleichen Länge fallen die Endpunkte der einzelnen Wellen im allgemeinen auf verschiedene Tage. Von Zeit zu Zeit ereignet es sich aber, daß einmal das Ende aller in Betracht kommenden Wellen auf den gleichen Tag zusammenfällt: dieser Tag ist der für die langfristige Wettervorhersage benötigte „Symmetriepunkt“. Durch mühsame und langwierige Berechnungen läßt er sich ziemlich genau voraussagen.

Wir brauchen wohl kaum mehr Einzelheiten zu geben, um klarzumachen, daß die langfristige Wettervorhersage keine ganz einfache Sache ist. Aus diesen Gründen ist die vorsichtige Zurückhaltung der Gelehrten zu verstehen, die diese wichtige Entdeckung jetzt für den Gebrauch im praktischen Leben vorbereiten. Es bedarf noch mancher mühsamer Arbeiten und sorgfältiger Überlegungen, um aus Weidmanns Entdeckung jenes zu allen Zeiten brauchbare und zuverlässige Instrument zu machen, das wir für die langfristige Wettervorhersage brauchen. Bei den probeweise in Fachkreisen angestellten Versuchen, mit Hilfe der neuen Methode das Wetter mehrere Wochen vorauszuerraten, sind aber schon sehr befriedigende Ergebnisse erzielt worden.

Auf Zigeunerfahndung herein gefallen

Für einen „Hokusopus“ 800 Mark bezahlt

Göppingen, 31. März. Die Justizpressestelle Stuttgart teilt mit: Durch Urteil des Amtsgerichts Göppingen vom 20. ds. Mts. wurden die am 25. Februar 1883 in Bärenthal, Kreis Sigmaringen, geborene Zigeunerin Katharina Reinhardt und die am 30. März 1907 in Schönbach, Kreis Ludau, geborene Zigeunerin Maria Reinhardt je wegen eines Betrags von 400 RM. bestraft, je zu der Gefängnisstrafe von vier Monaten verurteilt. Dem Urteil liegt folgender Sachverhalt zugrunde:

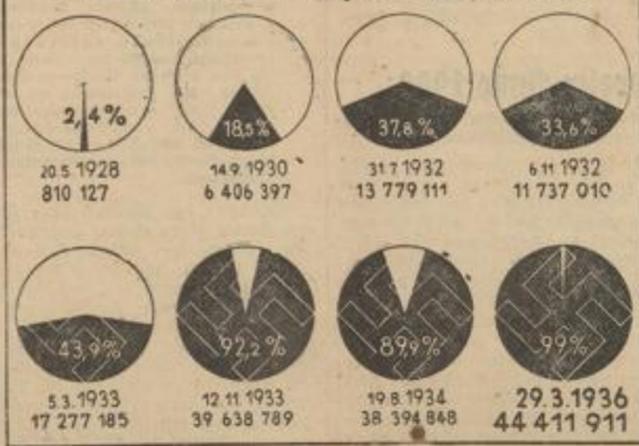
Ende Januar ds. Jrs. erschienen die beiden Zigeunerinnen bei einer im Amtsgerichtsbezirk Göppingen wohnhaften Landwirtsherrin Frau X. und boten diese um eine milde Gabe. Als sie merkten, daß Frau X. an einem Fußleiden krank, erklärten sie dieser sofort, das Fußleiden heilen zu können. Um die Frau X. ihren Wünschen, die selbstverständlich darauf hinausgingen, möglichst viel Geld aus der Frau X. herauszuholen, gefügig zu machen, schickten sie dieser einen Trick vor, dessen Befolgen und die Behauptung der Zigeunerinnen, die Heilung des Fußes trete bestimmt im Verlauf von wenigen Wochen ein, die Frau X. veranlaßten, den Zigeunerinnen den Betrag von 5 RM. bereitwillig auszuhandeln.

Wenige Tage hernach erschienen zwei andere Zigeunerinnen und brachten vor, die eine von den beiden das letzte Mal da gewesen Zigeunerinnen sei wegen des Fußleidens der Frau X. auf einer Wallfahrt; sie sei aber — offenbar durch Täuschung — plötzlich am Boden festgehalten worden und komme wieder vorwärts



Die Wahl in den Wäldern Hohegüte und Beziehung des „Hindenburg“ genügen ihrer Wahlpflicht, als der Wahlzettel auf seiner Deutschlandfahrt den Rhein kreuzte. Auf unserem Bild wählt gerade Ernst C. a. n. e. r., der Sohn unseres Luftschiffpioniers.

Adolf Hitler hat das ganze Volk erobert



Soll und Führer eins!

Mit der Wahl am 29. März hat sich das ganze deutsche Volk mit einer in der Geschichte noch nie verzeichneten Einmütigkeit hinter keinen Führer gestellt. Wenn man zurückdenkt, daß es vor 8 Jahren erst 24 Prozent aller Stimmen waren, die der Reichstagswahlvorschlag der NSDAP auf sich vereinigte, so erkennt man die ganze gewaltige Größe der Leistung Adolf Hitlers, die ebenso ohne Beispiel ist, wie das Wahlergebnis von 99 Prozent am letzten Sonntag keine Vorgänger hat. Soll und Führer sind nunmehr zu einer unzertrennlichen Gemeinschaft verschworen.

nach rückwärts. Nur mit einem Geldopfer könne sie wieder losgerafft werden. Auf Verlangen der Zigeunerinnen händigte Frau X. ihnen den Betrag von 400 RM. aus. Am 24. Februar dieses Jahres erschienen dann bei der Frau X. nochmals die beiden verurteilten Zigeunerinnen und brachten vor, der Fuß werde jetzt dann endgültig heilen, wenn Frau X. an sie den Betrag von 2000 RM. bezahle. Frau X., die unverständlicherweise den Worten der Zigeunerinnen glaubte, bezahlte zwar keine 2000 RM., aber immerhin 400 RM. Bei einem kurzen Zeit später durchgeführten weiteren Besuch der Frau X. wurden die Zigeunerinnen festgenommen. Trotz eingehender Ermittlungen gelang es nicht, die Zigeunerinnen, die die ersten 400 RM. erzwungen hatten, festzustellen.

In der Hauptverhandlung gaben die Zigeunerinnen unumwunden zu, vom Heilwerden überhaupt nichts zu verstehen, und räumten ohne weiteres ein, den ganzen Schwindel gegenüber der Frau X. nur deshalb vorgebracht zu haben, um diese zur Übergabe von Geld zu veranlassen. Daß der Besuch der beiden nicht festgestellten Zigeunerinnen, die die ersten 400 RM. bekamen, auf die beiden Angeklagten zurückzuführen ist, ist nicht zweifelhaft, wenn die Angeklagten dies auch in der Hauptverhandlung bestritten. Es konnte aber nicht mit Sicherheit festgestellt werden, daß die beiden Angeklagten an dieser Straftat in irgend einer strafbaren Form, etwa als Mittäterinnen, Anstifterinnen oder Gehilfinnen beteiligt waren. Das Gericht ließ die Möglichkeit offen, daß die beiden Angeklagten nach ihrem ersten Besuch im Zigeunerkreis nach ihrem Besitzzug erzählt haben und daß zwei andere Zigeunerinnen von sich aus auf den Gedanken gekommen sind, sich die Raubtätigkeit und Vertrauensseligkeit der Frau X. für ihre Zwecke dienstbar zu machen, ohne daß die beiden Angeklagten davon wußten.

Da beide Angeklagten wegen einer ganz ähnlichen Straftat vorbestraft sind, mußte das Amtsgericht auf eine empfindliche Strafe erkennen, um das volksgefährliche Verhalten gebührend zu ahnden. Dieser Fall ist ein erneuter Beweis dafür, daß es trotz aller Aufklärung heute immer noch Leute gibt, die auf ein paar schwarze Zigeuneraugen und den von Zigeunerinnen angeführten Hokusopus hereinfallen. Das wissen auch die Zigeu-

nerinnen ganz genau und geben deshalb die Suche nach solchen neuen Variationen, die ihnen so leicht ins Garn gehen, nicht auf. Die Deffentlichkeit sei deshalb erneut vor betrügerischen Zigeunerinnen, die vorgeben, über geheime Heilkräfte zu verfügen, nachdrücklichst gewarnt!

Sport-Nachrichten

Die Vorrunde um die „Deutsche“

Das Fachamt Fußball im Deutschen Reichsbund für Leibesübungen hat die Aufstellungen der Vorrundenpiele um die Deutsche Meisterschaft im Olympiajahr vorgenommen. Der Spielplan der Gruppen III und IV, woran die süddeutschen Gaumeister beteiligt sind, lautet:

5. April: Gruppe III in Nürnberg: 1. FC Nürnberg — Stuttgarter Kickers (Ketteler-Hanau); in Worms: Wormatia Worms — Jena (Keller-Karlruhe); Gruppe IV: In Duisburg: Fortuna Düsseldorf — Hanau 93 (Fort-Köln); in Karlsruhe: SV Waldhof — Kölner GfR. (Weingärtner-Frankfurt).

13. April: In Stuttgart: Gruppe III: Kickers — Wormatia Worms (Höchner-Augsburg); in Jena: 1. SV Jena — 1. FC Nürnberg (Rohrheim-Berlin); in Hanau: Hanau 93 gegen SV Waldhof (Baker-Ludwigshafen); in Köln: Kölner GfR — Fortuna Düsseldorf (Gapp-Hanau).

26. April: Gruppe III: In Frankfurt: Wormatia Worms — 1. FC Nürnberg (Staf-Bonn); in Göttingen: Kickers Stuttgart — 1. SV Jena (Unberseht-Forzheim); Gruppe IV: In Mannheim: SV Waldhof — Fortuna Düsseldorf (Kofenkrantz-Gelsenkirchen); in Hanau: Hanau 93 — Kölner GfR. (Müller-Frankfurt).

3. Mai: Gruppe III: In Worms: Wormatia Worms — Kickers (Glaser-Redarfulm). In Nürnberg: Nürnberg — 1. SV Jena (Drebecker-Stuttgart). Gruppe IV: In Mannheim: SV Waldhof — Hanau 93 (Stadelmeier-Stuttgart). In Düsseldorf: Fortuna — Kölner GfR. (West-Höchst).

10. Mai: Gruppe III: In Stuttgart: Stuttgarter Kickers — Nürnberg (Bönig-Kassel). In Jena: Jena — Wormatia Worms (Denkewitz-Beipzig). Gruppe IV: In Kassel:

Hanau 93 — Fortuna Düsseldorf (Drebecker-Stuttgart). In Bonn: Kölner GfR — SV Waldhof (Gund-Kemfheid).

24. Mai: Gruppe III: In Augsburg: 1. FC Nürnberg — Wormatia Worms (Geh-Stuttgart). In Weimar: Jena — Stuttgart, Kickers (Quicoffly-Berlin). Gruppe IV: In Düsseldorf: Fortuna — SV Waldhof (Gladner-Birmajens). In Köln: Kölner GfR — Hanau 93 (Proden-Duisburg).

Neunter Weinmarkt im Kuriaal Bad Cannstatt

Wie vor kurzem mitgeteilt, findet der diesjährige neunte Cannstatter Weinmarkt am 15. April im Kuriaal statt. Dabei gelangen die aus den verschiedenen Weinbaugebieten des Landes angemeldeten Weine nicht mehr wie bisher im Wege des Ausgebots und der Ersteigerung zum Verkauf. Der Absatz vollzieht sich vielmehr nach einem neueren Beschluß der Verkaufskommission durch freihändigen Verkauf gegen Schlusschein.

Für die Jugend

Mit Sonnenlächeln und Vogelruf, mit Blumenduft und ziehenden Wolken, lockt der Frühling zum Wandern. Fröhliche Wandersleute, die nicht nur stumpfsinnig Kilometer fressen, sondern mit offenen Augen durch die Landschaft schweifen, erfassen dabei auch, daß

unserer Muttersprache — ein Bilderbuch ist, das hundertlei Köstlichkeiten birgt. Das Herz wird ihnen so voll; alles um sie herum wird lebendig und freut sich mit ihnen: die Sonne lacht; die Blumen nicken mit den Köpfchen; der Wegweiser streckt den Arm aus; in der Ferne winkt die Jugendherberge. Es ist so, als ob alle Dinge zu frohen Menschen würden. Mit Recht mahnt uns der Dichter Hermann Löns:

Lach deine Augen offen sein,
geschloffen deinen Mund,
und wand're still, so werden dir
geheime Dinge kund!

Dann weißt du, was der Rabe ruft,
und was die Gule singt;
aus jedes Wesens Stimme dir
ein lieber Gruß erklingt.

Bist du wieder daheim, mußt du erzählen von allem, was du erlebt hast, und die Bilder, die du gesehen hast, zeigen sich wieder in deiner Sprache. Der Berg ist dir ein Kiesel, auf dessen Rücken du gestanden hast; und im Tal drüben läßt du den Fluß in seinem Bett.

Wänter ist es ganz lustig, im Bilderbuch der deutschen Sprache zu blättern oder gar einmal die Sprachbilder mit dem Zeichensift auf Papier zu bringen. Aber müßt eure Muttersprache lieben, sie ist das Band, das weit über die Grenzen hinaus alle Deutschen zusammenhält.

Als der kleine Mozart sein erstes Konzert gab

Die Konzert-Anzeige, mit der der unternehmende Vater Mozarts das erste Auftreten seines berühmten Sohnes und dessen Schwester 1764 in Frankfurt ankündigte, hatte folgenden originellen Wortlaut:

„Meine Tochter, 12 Jahre alt, mein Sohn, der sieben zählt, werden die Konzerte der größten Meister auf einem Klavirin mit und ohne Schweif ausführen, mein Junge auch ein Konzert auf der Violine, Mein Sohn wird die Tosten des Klavirin mit einem Tuche zudecken und auf demselben spielen, als wäre es nicht zugebitt. Von weitem und aus der Nähe wird er jeden Ton und jeden Akkord ertaten, den man ihm auf dem Klavirin oder auf einer Glocke oder auf irgend einem Instrument angeben wird. Zum Schluss wird er so lange frei phantastieren, als man nur will, und zwar nach der Wahl auf der Orgel oder am Klavirin, in aller Tonarten, in den allerwichtigsten, nach Wahl. Sein Orgelspiel ist aber ein ganz anderes als sein Klavirinspiel.“

Durch eine solch marktschreierische Reklame wurde das größte Musikgenie seiner Zeit in die Deffentlichkeit eingetührt.

Wer dichsel mit?

Auf der Jagd

Es zog in früher Morgenstund
ein Jäger aus mit seinem ...
Mit flinken Schritten kamen bald
die beiden in den grünen ...
Auf einmal sprang in wildem Huch
ein lechtes Häselein aus dem ...
Zur Flinte greift der Jägermann
und legt sie auf das Häselein ...
Piff paff! So knall's. Das Häselein fällt.
Schnell läuft der Hund herbei und ...
Daß Heinzlmann, des Häseleins Freund,
sitzt traurig hinterm Baum und ...
Der Jäger aber zog nach Haus;
und so ist die Geschichte ...

Unglaublich! Ein wahres Geschichtchen

Als der berühmte amerikanische General Sheridan die Siouxindianer besuchte, erzählte er ihnen mit Hilfe eines eingeborenen Dolmetschers von den Wundern der Eisenbahn und war sehr erstaunt auf die Wir-



Aufrüstung und Leistung

Hinter den Kulissen der Wirtschaftsfrent

Wir leben den Schäfer auf der Weide bei seinen Schafen und denken selten daran, welche langen Produktionswege die Wolle durchlaufen muß, bis sie durch die Kunst der Menschenhand und des Menschengeistes zum Anzug wird, den der Schäfer trägt.

Die Umwandlung des Saatgutes zum Brot, des tief im Schoß der Erde ruhenden Erzes zum Taschenmesser, Koffergeldes oder Automobil, des Holzes unserer Wälder zum fertigen Möbelstück oder gar zum kunstvollsten Kleid, . . . dies alles erfordert viele Produktions- und Handelsfunktionen, und diese wiederum sind bei dem gegenwärtigen Stand unseres wirtschaftlichen Aufbaues undenkbar ohne Kreditgewährung.

Für die Bereitstellung der notwendigen Zwischendeckung zu sorgen, ist oberste Pflicht der Banken. Ein Bankgeschäft, das dieser Pflicht nicht nachkommen kann, hat keine Berechtigung zu existieren. Trotz größter Schwierigkeiten hat das deutsche Kreditgewerbe auch in den Zeiten der Not die Finanzierung der Wirtshausbewegung durch Zurverfügungstellung von Krediten ermöglicht und so unabsehbare Schäden von der Allgemeinheit ferngehalten.

Diese Tatsache bleibt oft der Allgemeinheit verborgen. So, allzuoft vernimmt man gerade bei den breiteren Schichten unseres Volkes mehr Klagen und negative Kritik als Anerkennung oder zumindestens gerechte Beurteilung in Bezug auf die Finanzierungstätigkeit der Kreditinstitute. Besonders oft wird ihnen zum Vorwurf gemacht, daß gerade die Banken den kleinen Geschäftsmann nicht genügend bei seiner Arbeit unterstützen, daß sie gar keinen Wert darauf legen, ihn als Geschäftsführer zu gewinnen, kurz, daß die Banken ja nur für die Großen in der Wirtschaft da seien. Dies ist aber eine vorweggenommene Meinung. Die Wirklichkeit sieht doch anders aus. Und das ist zahlreich zu belegen. Schaut man hinter die Kulissen der Wirtschaftsfrent, und orientiert man sich bei den Fachleuten der Finanzierung, — so stellt man fest, daß selbst bei den Großbanken zahlenmäßig

die größte Anzahl der Konten auf die Vertreter des Mittelstandes und somit auch des „kleinen Mannes“ der angeblich so vernachlässigt wird, entfällt.

Sehr interessant ist übrigens die Beobachtung, daß die Beförderung der allgemeinen Lage bewirkt, daß gerade die Kleinkredite weniger verlangt und verhältnismäßig rasch zurückgezahlt wurden. Größere Kreditbeiträge wurden für die Ausführung bedeutender industrieller Aufträge beantragt, die damit einer größeren Zahl von Volksgenossen für eine längere Zeit Arbeit und Verdienst sichern.

Unter Mitarbeiter stellte bei einer Berliner Großbank fest, daß sie den im Laufe des Jahres an sie herangetretenen verschiedenen Kreditwünschen in allen Fällen Rechnung tragen konnte. Die Summe der im Laufe des Geschäftsjahres gewährten Kredite belief sich auf 578 Mill. RM. Hierunter entfielen auf Einzelkredite bis zu 20.000 RM. 10.186 Stück, Einzelkredite von 20—100.000 RM. 2122 Stück, darüber hinausgehende Beiträge 674 Stück. Auch an diesen Zahlen sieht man, in welcher fastem Maße der Mittelstand zum Geschäftskunden dieser Großbank gerechnet werden muß.

Von einem anderen großen Institut in Hamburg erfährt er: „Das Kreditgeschäft selbst wie eine demeritenswerte und erfreuliche Umwidmung auf Erheblichen Rückzahlungen gegenüber. Es war uns möglich, im Geschäftsjahr 1934 insgesamt 17.228 neue Kredite mit einem ausmachenden Betrage von rd. 294 Mill. RM. zu gewähren, von denen 15.073 Kredite auf Beträge unter je 20.000 RM. entfielen.“ In ähnlicher Weise berichtet eine Bank in Leipzig, die 1934 neue Kredite im Gesamtbetrag von rd. 100 Mill. RM. gewährte und hob hervor, daß eine Aufteilung nach der Kreditgröße eine anhaltende Verlagerung nach der Seite der kleinen Kredite hin zeige. Für den einzelnen Kredit ergab sich 1934 eine Durchschnittshöhe von 3015 RM. gegenüber 10.074 RM. in 1933 und 11.464 RM. in 1932. Von den 100 Mill. Kreditverleihen entfielen rückzahlmäßig 41,10% auf Kredite bis zu 1000 RM., fast 20% auf Kredite von 300—1000 RM. und 23,2% auf solche von 1000 bis 5000 RM.

Vergleichsweise stellte unter Mitarbeiter die Verhältnisse bei einer Bank in ländlicher Umgebung fest. So erfuhr er von einer westdeutschen Depositen- und Wechselbank: „Bei unjeren Schuldnern, die selbstverständlich fast ausnahmslos im heimlichen Tätigkeitsbereich anhängig sind, überwogen noch mehr als in früheren Jahren die kleinen und mittleren Kredite. So gewährten wir Kredite bis zu 3000 RM. an 5120 Schuldner, Kredite von 3—10.000 RM. an 833 Schuldner, Kredite von 10—25.000 RM. an 318 Schuldner, Kredite von 25—50.000 RM. an 104 Schuldner, Kredite von 50—100.000 RM. an 61 Schuldner und Kredite über 100.000 RM. an 28 Schuldner. Fast die Hälfte der gesamten Ausleihungen entfielen auf die Landwirtschaft und die mit ihr besonders eng zusammenhängenden Gewerbe.“

Dies ist nur eine kleine Auswahl aus den Berichten unserer Bankinstitute, die sich noch beliebig vermehren ließe. Vor allem aber läßt sich eine „mittelständische“ Kreditgewährung auch bei den Privatbankiers nachweisen, die ja besonders den Mittelstand zu ihrer Kundenschaft zählen können.

So hat jüngst eine Erhebung über das mittelständische Kreditgeschäft der Anzeigergemeinschaft der Berliner Privatfirmen folgendes Bild ergeben.

Insgesamt waren am 31. Mai 1935 von 92 tätiglich erhaltenden Mitgliedsfirmen der Anzeigergemeinschaft 11.081 Kleinkredite in einem ausmachenden Gesamtbetrag von 26,1 Mill. RM. gewährt worden.

Und zwar entfielen auf die Kleinkredite (Einzelausleihungen bis 5.000 RM.) der Stückzahl nach rund 87%, dem Betrage nach über 40%. Rechnlich bezogen, nach günstiger für den Mittelstand werden die Verhältnisse bei den Provinz-

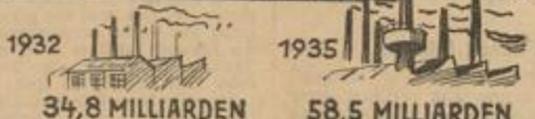
bankiers liegen, da diese im allgemeinen von sehr ihr besonderes Augenmerk der kreditmäßigen Betreuung der bodenständigen mittelständischen Wirtschaft zugewendet haben.

Dieser kurze Ueberblick widerlegt wohl die Ansicht, daß unsere Banken und Bankiers „nur für die Großen in der Wirtschaft“ tätig sind. Selbstredend muß, besonders von den dazu berufenen Instituten, auch das Großkreditgeschäft gepflegt werden und zwar nicht zuletzt im Interesse der vielen Geschlechtsmitglieder, die in den Großunternehmen beschäftigt werden bzw. im Interesse der noch arbeitslosen Volksgenossen, die in den Unternehmen der gewerblichen Wirtschaft Arbeit und Verdienst finden.

VOLKSEINKOMMEN



INDUSTRIE-ERZEUGNISSE



LANDWIRTSCHAFTL. PRODUKTION



SPAREINLAGEN



ARBEITSLOSIGKEIT

7,5 MILLIONEN

KONKURSE



Stufen des Lebens

Wenn die Menschen auf den Stufen des Lebens stufenweise nicht das Ziel, das sie sich selbst gesteckt hatten, erreichen, so hängt das natürlich zum großen Teil auch von der Länge des menschlichen Lebens ab. Die völlig verschiedenartigen Lebensstadien werden uns so recht klar, wenn wir uns einmal die Ergebnisse der Bevölkerungsstatistik ansehen. Sie zeigen uns, daß von 100 hinführenden Zwanzigjährigen nur 94 die ersten zehn Stufen bis zum 30. Lebensjahr erreichen; 86 werden 40 Jahre alt, während bis zum 50. Lebensjahr schon ein Viertel der 100 Zwanzigjährigen gestorben ist. Die Stufe des 60. Lebensjahres erklimmen nur 58 von ihnen und das 70. Lebensjahr erreichen nur 35 der 100 Zwanzigjährigen, die gemeinsam den Lebensstadien begonnen hatten. Auf der Stufe des 80. Lebensjahres leben wir gar nur noch 11 Menschen.

Mit diesen bevölkerungsstatistischen Berechnungen stimmt ganz auffallend eine weitere ebenfalls von der Gemeinschaft zur Pflege des Lebensversicherungsgedankens herausgegebene Verstatel über die Todesursachen von 1000 Menschen überein. Denn von je 1000 Menschen ist nur bei 94 Altersschwäche die Todesursache, während 766 durch die verschiedensten Krankheiten, 88 durch gewaltsamen Tod und 62 durch sonstige Ursachen vorzeitig dahingerafft werden.

Die Sterbenswahrscheinlichkeit eines jungen Menschen ist geringer als die eines Älteren. Aber auch das gilt, wie uns der Bevölkerungsstatistiker auseinanderlegt, nicht unbedingt. So ist sehr in der Versicherungsstatistik eine sehr interessante Unternehmung des Berliner Privatdozenten Dr. med. et phil. Karl Heidenberg erschienen, der an Hand der Sterbetafeln nachweist, daß in der Nachkriegszeit der Sterblichkeitsverlauf im dritten Lebensjahrzehnt beim männlichen Geschlecht sich umgekehrt hat. Nach der Allgemeinen deutschen

Sterbetafel 1924 bis 1926 sind von je 100 Zwanzigjährigen durchschnittlich 4,27, aber von je 100 Dreißigjährigen durchschnittlich nur 4,05 gestorben. Aber auch bei den Frauen stellt dieser Gelehrte eine ständige Abnahme der Sterbenswahrscheinlichkeit im dritten Lebensjahrzehnt fest, wenn auch noch nicht wie beim männlichen Geschlecht eine Umkehrung eingetreten ist. Diese merkwürdige Entwicklung hat sich nicht nur in Deutschland, sondern auch im Ausland gezeigt.

Besonders interessant ist in diesem Zusammenhang die Beobachtung, daß beim männlichen Geschlecht die Sterblichkeit der Verheirateten weit niedriger als die der Ledigen einerseits und die der Verwitweten und Geschiedenen andererseits ist.

Bisher scheint die größte Wahrscheinlichkeit dafür zu sprechen, daß die höhere Sterblichkeit Unverheirateter eine Folge der größeren geländebestimmlichen Schädigungen ist, denen diese ausgesetzt sind, wobei vor allem der Verbrauch mit dem dort üblichen Alkoholverbrauch genannt wird. Nach der preussischen Statistik beruht die Tatsache, daß in den vergangenen Jahren auch in Preußen die Sterblichkeit bei den Männern von 20 bis 25 Jahren höher als bei denen von 25 bis 30 Jahren war, vor allem darauf, daß sowohl die Sterblichkeit infolge von Selbstmord als auch die infolge von Unfällen im Alter von 20 bis 25 Jahren ein Höchstmaß aufwies, welchem dann eine bis ins vierte Jahrzehnt reichende Senkung folgt.

Nach diesen wenigen Angaben aus den eingehenden Untersuchungen eines Bevölkerungsstatistikers ist also zum mindesten die Ansicht, daß für junge Menschen der Lebensversicherungsschutz noch nicht notwendig ist, abwegig. Das ist andererseits auch deshalb falsch, weil der Lebensversicherungsschutz des Zwanzigjährigen auch heute noch billiger ist als der des Dreißigjährigen und derjenige des Dreißigjährigen billiger als der des Vierzigjährigen usw. Denn er erstreckt sich über längere Vertragsdauern, bei denen die Einflüsse solcher Anomalien gegenüber den größeren Sterbenswahrscheinlichkeiten der höheren Alter verschwinden.

Viele Wege zur Zukunftssicherung sind gegeben. Soll der Familie lediglich für den Fall des vorzeitigen Todes des Ernährers ein Kapital sichergestellt werden, dann bietet sich die Todesfallversicherung, die nur nach dem Tode des Versicherten fällig wird, wobei aber der Versorger die Beitragszahlung nur für eine bestimmte Zeit von Jahren zu vereinbaren braucht. Soll dagegen die Sicherstellung der Familie mit der Versorgung für das eigene Alter verbunden werden, dann ist die Versicherung für den Todes- und Erbensfall mit Auszahlung beim vorzeitigen Tode oder spätestens bei Erreichung eines bestimmten Lebensalters das Geebende.

Mag sich der verantwortungsbewusste Mensch für diese oder andere der unendlich mannigfaltigen Formen der Lebensversicherung entscheiden haben wie alle jene deutschen Volksgenossen, die schon heute Lebensversicherungen in Höhe von 20 Milliarden RM. abgeschlossen haben, immer weiß er, daß er die eigene Kraft mit den gemeinsamen Kräften einer großen Lebensgemeinschaft verbunden hat. Die Menschen, die in einem eigenen tätigen Entschluß Vorsorge für eine unvorhersehbare Zukunft getroffen haben, gehen frei von drückender Sorge um die Hinterbliebenen oder das eigene Alter, und eilt zielbewußt ihren Weg empor auf den Stufen des Lebens.

Leistungssteigerung in der Landwirtschaft

Von Dr. Renneke, Bonn.

Im Rahmen der zu lösenden Aufgaben bei der Durchführung der deutschen Erzeugungsschlacht — Mehrerzeugung an Fett, Eiweiß, Faser und Wolle, Sicherung der Brotgetreide- und Kartoffelerzeugung — spielt die Nährstoffversorgung und damit die richtige Verwendung von Wirtschaft- und Handelsdüngern eine große Rolle, hängt doch von den Nährstoffangeboten im Boden letzten Endes neben der von Menschenhand nur wenig beeinflussbaren Witterung die Höhe des Ernteertrages wesentlich ab, zumal die beiden letzten Jahre der Trockenheit in den meisten Gegenden unseres Vaterlandes ganz besondere Aufmerksamkeit hinsichtlich der anzuwendenden Handelsdünger bedingt. In diesem Zusammenhang muß darauf hingewiesen werden, daß der notwendige vermehrte Anbau von Hülsenfrüchten, Alee und Kleegrasgemischen als Haupt- und Zwischenfrüchte nicht ohne Einfluß bleiben kann auf die Düngereinsatzung, weil diese Pflanzen in der Lage sind, den Stickstoff der Luft aufzunehmen, mittels also feiner oder nur einer kleinen für die Aufzucht notwendigen Stickstoffzufuhr bedürfen. Andererseits aber hängt der erfolgreiche Anbau von Alee und Hülsenfrüchten sehr wesentlich von einer ausreichenden Versorgung des Bodens mit Kalk, Koll und Phosphorsäure ab. Hieran muß dem Anbau dieser Früchte geachtet werden. Auf sauren, kalkarmen Böden wird man immer Entschuldigungen erleben, weshalb hier auch die Kalkdüngung erfolgen muß, am besten schon vorbereitend zur Vorfrucht. Koll und Phosphorsäure beeinflussen außerdem die Höhe des Ernteertrages, wobei die Phosphorsäure die Einzelbildung fördert, die Kalk beiträgt (wichtig bei Körner- und Hülsenfrüchten), die Bekämpfung antwortet und damit besonders auch das Jugendwachstum beschleunigt. Unsere deutschen Böden sind, wie zahlreiche Bodenuntersuchungen und Versuche immer wieder ergeben haben, grobenteils phosphorarm. Zudem wird durch die Wirtschaftsdünger nur wenig Phosphorsäure in den Boden gebracht. Namentlich die Fäule ist sehr phosphorarm.

Die Verbrauchsziffern an Phosphorsäure in den letzten Jahren zeigen immer noch einen erheblichen Rückgang gegenüber der Vorkriegszeit. Zugegeben, daß es auch hier und da Böden gibt, die infolge ihrer Struktur einen verhältnismäßig hohen Phosphoranteil aufweisen, gibt es doch mehr Böden, bei denen gerade das Gegenteil der Fall ist. Deshalb sollte man die Verhältnisse durch Versuche und namentlich auch Bodenuntersuchungen überall zu klären suchen.

Sowohl die Versorgung unserer Böden mit Phosphorsäure noch nicht vorgenommen ist, wird mit Rücksicht auf die eingangs erwähnten Witterungsverhältnisse es zweckmäßig sein, Superphosphat mit wasserlöslicher Phosphorsäure zu verwenden. Damit wird eine schnelle und sichere Wirkung erzielt. Will man in einem Arbeitstag nach Stickstoff mitgeben, so empfiehlt sich die Anwendung von Ammonial-Superphosphat. Als Volldünger fieden u. a. auch die vertriebenen Am-Superphosphat, deren Nährstoffgehalt den jeweiligen Bedürfnissen unserer Kulturpflanzen angepaßt ist, zur Verfügung.